

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena

AGAINST
THE RAGE

Maschinendaten im digitalen Konfliktgeschehen

Forschungsausrichtung und
Wissenschaftskommunikation
von *Machine Against the Rage*

Maik Fielitz, Holger Marcks

Der MATR-Blog
Engine Room

Von der Analyse aktueller Entwicklungen über die Diskussion ungeklärter Forschungsfragen bis zur kritischen Kommentierung des Arbeitsfelds: Auf dieser Seite bieten wir regelmäßig Einblicke in den Maschinenraum der digitalen Konfliktforschung.

Aktuelles

28.11.2025 Overview

Zwischen realer Gefahr und moralischer Panik

Ein differenzierender Blick auf die
Forschung zu Desinformation

Was ist Desinformation, wie verbreitet sie sich, wann überzeugt sie? Dieser Beitrag bietet einen interdisziplinären Überblick zu Forschungsbefunden – und fragt, was das für den Umgang mit Desinformation bedeutet.



Miriam Milzner
Juni Berlin & FU Berlin



Josephine B. Schmitt
CAIS

[Blogartikel lesen](#)

Forschungsmonitoring

Zusammenfassung

Als die Bundesregierung 2021 ihr Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auf den Weg brachte, war die „Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz“ ein zentraler Topos. Unter dem Eindruck der Anschläge von Kassel, Halle und Hanau war deutlich geworden, dass der Regierung nicht nur das Wissen, sondern auch die Strukturen fehlten, digitalem Hass und den daraus folgenden Gefahren in der realen Welt effektiv zu begegnen. Tatsächlich waren die späten 2010er-Jahre davon geprägt, dass sich im Monitoring, in der Analyse und in der Prävention relevanter Online-Phänomene deutliche Leerstellen zeigten.

Es gab daher nicht nur einen Bedarf an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu diesen Phänomenen, sondern auch an einem effektiven Wissenstransfer, der eine evidenzbasierte Praxis ermöglichen könnte. Zugleich wuchs – zunächst mit dem Brexit, dann mit der ersten Amtszeit Donald Trumps und schließlich mit dem fortgesetzten Aufstieg der AfD hierzulande – auch in der medialen Öffentlichkeit das Interesse an Wissen über den Zusammenhang von Digitalisierung und Rechtspopulismus oder -extremismus. Zumal, da sich insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien in der Pflicht sehen, den demokratischen Diskurs durch Aufklärung auch über solche Phänomene zu fördern.

Viele Fördermittelgeber erkannten diese Lücke. Sie investierten in der Folge in einen zivilgesellschaftlichen Sektor, der sich des Problemkomplexes annahm und dabei auch die Wissenschaft zurate zieht. Innerhalb kürzester Zeit entstanden so viele Initiativen, die mit Methoden der Intervention – insbesondere durch Formen der Gegenrede – dem digitalen Hass entgegenwirken wollten. Schon bald folgte die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Gegen Hass im Netz“. Sie hatte zum einen das Ziel, das Arbeitsfeld besser zu strukturieren, und zum anderen, die digitale Praxis gegen Online-Hass auf eine solidere, wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Dafür wurde eine eigene Forschungsstelle geschaffen, die ihre datenwissenschaftlich fundierten Erkenntnisse

in einem vierteljährlichen Trendreport teilen sollte: dem Online-Magazin Machine Against the Rage (MATR).

In der Tradition kritischer Sozialforschung stehend, war die Redaktion von Beginn an der Überzeugung, dass es nicht genügt, sich auf der richtigen Seite zu wähnen. Um die Dynamiken des digitalen Hasses zu verstehen und das Potenzial möglicher Gegenmaßnahmen abzuschätzen, bedarf es auch einer Analyse der Interaktionen zwischen Hassakteuren und ihren Antagonist:innen, die nicht vor unbeabsichtigten Konsequenzen gefeit sind, ja sogar co-radikalisierend und/oder co-polarisierend wirken können. Genau dieser Anspruch stellte die Forschungsarbeit und den Wissenstransfer aber vor Herausforderungen, wurde die Forschungsstelle doch in einen Kontext eingebettet, der selbst Teil des Konfliktgeschehens ist.

Seitdem ist viel passiert. Die 2021 ins Leben gerufene BAG hat mit dem Ende der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 2024 ihre Arbeit eingestellt, und die Forschungsstelle wurde an das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) überführt. Als Teil von toneshift – Netzwerk gegen Hass und Desinformation setzt sie dort die Arbeit rund um MATR fort. Dieser Beitrag möchte aus der Erfahrung der vergangenen vier Jahre und auf Grundlage wissens- und organisationssoziologischer Konzepte darüber reflektieren, vor welchen Problemen eine praxisorientierte Forschung im Bereich von „Hass im Netz“ steht und was daraus für die Wissenschaftskommunikation folgt. Anhand dieser Fragen soll dargestellt werden, wie sich die Arbeit von MATR im Spagat von kritischen und normativen Ansprüchen weiterentwickelt hat.

Stichworte

Angewandte Forschung | Digitaler Hass | NGOs | Wissenstransfer |
Wissenschaftskommunikation



Möglichkeiten und Herausforderungen praxisorientierter Forschung

Ausgangslage

Die von 2021 bis 2024 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierte Forschungsstelle der BAG „Gegen Hass im Netz“ verfolgte als primäres Ziel, zivilgesellschaftliche Praxisarbeit im Themenbereich mit wissenschaftlich fundierten, datenbasierten Erkenntnissen wirkungsvoll zu unterstützen. Sie sollte Reflexionswissen bereitstellen, das einer Optimierung jener Arbeit dienen kann. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass Hassrede in digitalen Räumen nicht nur demokratische Debatten bedroht, sondern bisweilen auch Menschenleben gefährdet – und dass evidenzbasierte Gegenstrategien effektiver sein dürften als intuitives Handeln.

Um Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen, gab sich die BAG in Trägerschaft der Nichtregierungsorganisation (NGO) *Das NETTZ* eine Zwei-Säulen-Struktur: eine Vernetzungsstelle einerseits, eine Forschungsstelle andererseits. Beide Stellen operierten unter dem Dach der BAG autonom und arbeiteten dennoch eng zusammen. Es handelte sich um ein Komplementärverhältnis: Während die Forschungsstelle die (daten-)wissenschaftliche Arbeit verantwortete – insbesondere ein Monitoring relevanter Akteure und die Analyse potenzieller Hassdynamiken –, sollte die Vernetzungsstelle den Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Feld organisieren.

Dieser Austausch erfolgte dann vor allem unter dem Gesichtspunkt relevanter Erkenntnisse der Forschungsstelle. Dafür setzte diese etwa ein Monitoringsystem auf, das möglichst in Echtzeit Daten über relevante Hassakteure und ihre Online-Netzwerke generieren sollte. Darüber hinaus widmete sich die Forschungsstelle in ihrem Magazin konkreten Fragestellungen im digitalen Phänomenbereich von Rechtsextremismus, Verschwörungstheorien und prorussischer Propaganda. Zentrale Erkenntnisse wurden wiederum für die Zivilgesellschaft, aber auch für Medien und Politik in regelmäßigen Policy Briefs (*Essentials*) aufbereitet.

Dem Magazin *Machine Against the Rage* kam dabei eine zentrale Rolle zu. Denn wissenschaftliche Publikationen brauchen in der Regel zu lange, um auf aktuelle Entwicklungen adäquat reagieren zu können. Mit der eigenen Forschungsstelle und ihrem Magazin sollte also eine eigene Infrastruktur geschaffen werden, die schnelle Analysen und Veröffentlichungen erlaubt, um zivilgesellschaftliche Akteure bei ihrer strategischen Ausrichtung und taktischen Fragen zu unterstützen.

Anspruch war es auch, einen kontinuierlichen Austausch zwischen Praxisakteuren und der Wissenschaft zu organisieren. Dazu zählte zum einen das Angebot, den zivilgesellschaftlichen Akteuren maßgeschneidert mit Datenaufbereitungen bei Fragen zu helfen, die sie in ihrer konkreten Arbeit beschäftigen – etwa in Form von Use Cases und Datenpatenschaften. Zum anderen war die Forschungsstelle dafür offen, Fragen, die jene Akteure umtreiben, in das Forschungsdesign ihrer Arbeit zu integrieren, sodass eine wirklich praxisnahe Forschung Gestalt annehmen kann.

Problemaufriss

Die Integration einer wissenschaftlichen Forschungsstelle in eine zivilgesellschaftliche Struktur wie die BAG „Gegen Hass im Netz“ eröffnet Chancen, wirft aber zugleich gewichtige Fragen auf. Während einerseits der Anspruch besteht, Wissenschaft und Praxis enger miteinander zu verzahnen, drohen an anderer Stelle Spannungen, die das Selbstverständnis und die Glaubwürdigkeit beider Seiten berühren. Dabei spielt auch hinein, dass die Forschungsstelle – wie die gesamte BAG – aus staatlichen Mitteln finanziert wurde. Das stellt einerseits eine notwendige Ressourcengrundlage dar, birgt andererseits aber auch das Risiko einer gewissen Steuerung oder zumindest Erwartungshaltung seitens der Fördergeber.

Die staatliche Förderung von Zivilgesellschaft oder auch Forschung wirft seit jeher die Frage auf, wie unabhängig eine solche Arbeit sein kann, ist sie doch in politische Förderlogiken eingebettet, mit denen die Priorisierung bestimmter Themen und die Ausblendung anderer einhergehen. Damit verbunden sind auch normative Setzungen, die sich je nach gesellschaftlicher Stimmungslage und politischer Führung des jeweiligen Ministeriums schnell ändern können. Das kann nicht nur zu Zwängen und/oder Begrenzungen führen, es besteht auch die Gefahr, dass

Forschungsergebnisse stärker als Legitimation staatlicher Politik wahrgenommen werden statt als autonome Wissensproduktion (vgl. Bogner, 2021). In Fragen des Wissenstransfers ist das stets zu beachten. In letzter Konsequenz hat dies auch Auswirkungen auf die Forschung selbst. Denn wie diese gestaltet wird, bedingt bereits die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Arbeit, die kommunikativ vermittelt werden soll.

Ferner besteht eine Spannung zwischen wissenschaftlicher Unabhängigkeit und zivilgesellschaftlichen Interessen beziehungsweise zwischen Forschung und Advocacy. Wissenschaft lebt von methodischer Strenge, kritischer Distanz und Ergebnisoffenheit. NGOs hingegen arbeiten (völlig legitim) interessengeleitet: Sie verfolgen gesellschaftspolitische Ziele, wollen Menschen mobilisieren und häufig auch Handlungsdruck erzeugen. Eine Forschungsstelle, die mit einer NGO verzahnt ist, muss die Freiheit der Forschung auch gegen potenzielle normative Anspruchshaltungen verteidigen können, will sie als unabhängig wahrgenommen werden.

In einem weiteren Schritt besteht zudem das Risiko, dass die Erkenntnisse nicht neutral, sondern selektiv in den praktischen Austausch weitergetragen werden, sodass sie die politischen Anliegen der Organisation stützen. Je enger die Verzahnung ist, desto größer ist das Risiko, dass Forschung weniger dem Erkenntnisinteresse, sondern dem Zweck ihrer Trägerorganisation oder staatlicher Förderpolitik dient. Wissenschaft würde so in eine instrumentelle Rolle gedrängt, bei der nicht kritische Infragestellung, sondern interessengeleitete Wissensproduktion im Vordergrund stünde. Damit droht ein Verlust an Glaubwürdigkeit – sowohl gegenüber der wissenschaftlichen Community als auch gegenüber der breiteren Öffentlichkeit.

Hinzu kommt die strukturelle Kurzfristigkeit von Förderlogiken. Viele staatlich finanzierte Projekte in der Zivilgesellschaft sind auf wenige Jahre befristet, was langfristige wissenschaftliche Kontinuität und nachhaltigen Wissensaufbau erschwert. Eine Forschungsstelle, die solchen Zyklen unterliegt, kann bei einer jährlichen Zuwendung nur schwer langfristige Trends untersuchen, was für ein tiefergehendes Verständnis von Phänomenen wie Hass im Netz eigentlich erforderlich wäre. Zugleich besteht das Problem, dass die Planung stark an Förderabsprachen gebunden ist, was es schwierig macht, flexibel auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Einbettung einer wissenschaftlichen Stelle in eine zivilgesellschaftliche Struktur zweifellos praktische Vorteile und auch Verlockungen bietet: schnellere Transferwege, engere Praxisbindung und politischer Impact. Gleichzeitig muss aber kritisch reflektiert werden, dass Wissenschaft hier in ein Spannungsfeld zwischen staatlicher Förderpolitik, zivilgesellschaftlicher Interessenpolitik und dem Anspruch auf unabhängige Erkenntnisproduktion gerät. Ohne klare Schutz- und Abgrenzungsmechanismen besteht die Gefahr, dass Forschung nicht als unabhängige Stimme, sondern als verlängerter Arm von staatlicher oder staatlich geförderter Politik wahrgenommen wird – mit potenziell problematischen Folgen für Glaubwürdigkeit, Wissenschaftsfreiheit und langfristige Wissensentwicklung.

Problemvertiefung

Um zu folgern, wie die nötigen Schutz- und Abgrenzungsmechanismen beschaffen sein müssten, ist ein tieferes Verständnis der oben skizzierten Probleme nötig. Dafür kann Wissen aus der Organisationssoziologie und der Bewegungsforschung herangezogen werden, das Aufschluss darüber gibt, wie sich in der beschriebenen Konstellation institutionelle Logiken überlagern und so normative Spannungen wie auch systematische Verzerrungen erzeugen können. So lässt sich etwa mit Paul DiMaggio und Walter W. Powell (1983) argumentieren, dass Organisationen in einem gemeinsamen Arbeitsfeld dazu neigen, einander ähnlich zu werden. Dieser „institutionelle Isomorphismus“ kennt drei Mechanismen: „coercive“, „mimetic“ und „normative“.

Es kann in der geschilderten Konstellation demnach erwartet werden, dass die wissenschaftliche Arbeit nicht allein von akademischen Standards bestimmt wird, sondern auch durch einen Legitimationsdruck im organisationalen Feld, der Bias und Opportunismus erzeugt – nicht als individuelle Fehlleistungen, sondern als strukturelle Folgen der hybriden Einbettung von Wissenschaft zwischen Advocacy und Verwaltung. Die Qualität der Arbeit wird in diesen Kontexten weniger über die Güte der Daten oder die inhaltliche Tiefe gemessen, sondern über Indikatoren der Zielgruppenerreichung sowie die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Das führt zu dem Problem der Ressourcenabhängigkeit. So verschiebt sich der Resource Dependence Theory (Pfeffer & Salancik, 1978) zufolge durch externe Mittelabhängigkeit die Problemdefinition: Forschung orientiert sich dann nicht an wissenschaftlicher Dringlichkeit, sondern an der Anschlussfähigkeit an Förderlogiken. Förderzyklen mit Indikatoren, Meilensteinen und Fristen erzeugen zusätzlichen formalen Anpassungsdruck. Auch hier greift der Mechanismus des *coercive isomorphism*. Berichtslogiken bestimmen die Prioritäten, während inhaltliche Relevanz und methodische Offenheit zurückgedrängt werden. Goodhart's Law illustriert die Folgen: Wenn ein (analytisches) Maß zum (politischen) Ziel wird, taugt es nicht mehr als Maß (Goodhart, 1975).

Zugleich verstärken die Unsicherheit und Konkurrenz im Feld den Mechanismus des *mimetic isomorphism*, was sich auch negativ auf die Kreativität und Innovationsfähigkeit auswirkt. Um auf Nummer sicher zu gehen, werden etablierte Formate und akzeptierte *talking points* reproduziert, auch wenn sie suboptimal oder gar bereits wissenschaftlich widerlegt sind. Der Mechanismus des *normative isomorphism* strukturiert letztlich die Arbeit so stark, dass eine explorative und ergebnisoffene Forschung durch Muster der Selbstzurückhaltung gedämpft wird. Damit kann ein Bias zugunsten erwartbarer Ergebnisse entstehen, während abweichende Befunde marginalisiert werden.

In Betracht zu ziehen ist auch das Multi-Principal-Problem (Miller 2005). Demnach ist eine derart eingebettete Forschungsstelle gleichzeitig der wissenschaftlichen Community, dem NGO-Umfeld, den Förderern, den Stakeholdern und auch der Öffentlichkeit verpflichtet. Diese heterogenen Erwartungen können kaum gleichzeitig erfüllt werden, sodass strategische Ambiguität entsteht: Ergebnisse werden selektiv präsentiert, unklare Befunde verallgemeinert, formale Erfüllung nach außen von abweichender Praxis entkoppelt (vgl. Meyer & Rowan 1977). Nicht zuletzt müssen die Forscher:innen Neutralität und Advocacy zugleich verkörpern – eine sogenannte Grenzarbeit (*boundary work*), die widersprüchliches Framing begünstigt.

Im normativ wie auch emotional aufgeladenen Feld „Hass im Netz“ treten diese Dynamiken besonders hervor. Ereignisgetriebene Nachfrage nach schnellen Diagnosen produziert Echtzeit-Deutungen mit dünner Datenbasis. Der normative Konsens, dass es mit dem Hass immer schlimmer

werde, verstärkt Konformitätsdruck, der Null- oder Gegenbefunde unsichtbar macht. Messbarkeitszwänge reduzieren komplexe Phänomene auf leicht quantifizierbare Indikatoren, wodurch zum Beispiel Kontext, Widersprüche und Ironie aus der Analyse verschwinden. Es kommt zu einem Bias, der – das gilt auch hier – nicht individuellen Fehlern geschuldet ist, sondern institutionellen Strukturen, aber zu Konflikten führen kann, wenn ihm entgegenzuwirken versucht wird.

Aus organisationssoziologischer Sicht sind all diese Verzerrungen auch Ausdruck eines institutionellen Selbsterhaltungstriebes. Max Weber (1922; 650–678) hatte bereits gezeigt, dass Bürokratien zum Selbsterhalt neigen, indem sie ihre eigene Notwendigkeit absichern und dabei dazu tendieren, Probleme eher zu vergrößern oder aufrechtzuerhalten, als sie realistisch einzugrenzen. Zald und Ash (1966) wiederum argumentieren mit Blick auf soziale Bewegungen, dass diese, wenn sie sich über NGOs professionalisieren, Strukturen schaffen, die stärker auf Fortexistenz als Zielerreichung zielen. Hiermit ist der Umstand angesprochen, dass sich Organisationen in einem sich neu formierenden Feld etablieren möchten und so auch von Konjunkturen des Gegenstands abhängig sind. Problempermanenz wird so zur Bedingung organisationaler Legitimität.

Die Perspektive der digitalen Konfliktforschung

Von der Wissensproduktion ...

Anwendungsorientierte Forschung im Bereich „Hass im Netz“, die unter den Bedingungen staatlicher Förderung arbeitet, bewegt sich in einer komplexen Konstellation institutioneller Erwartungen. Wie gezeigt, können aus dieser Hybridposition systematische Verzerrungen entstehen: Forschungsagenden richten sich nach förderfähigen Themen, Outputs orientieren sich an Indikatoren und Sichtbarkeit, und wissenschaftliche Standards geraten in Spannung zu advokatorischen Erfordernissen. Die zugrunde liegenden Mechanismen sind seit eh und je Gegenstände soziologischer Forschung.

Auch unsere Forschungsstelle mit dem hauseigenen Magazin kann sich von solchen Mechanismen nicht frei machen. Man kann sich ihrer aber bestmöglich bewusst sein und aus den Erfahrungen an der Schnittstelle von Forschung und Praxis heraus Leitplanken entwickeln. Diesem Anspruch tragen wir im neuen Zyklus von *Machine Against the Rage* nun weitergehend Rechnung. Denn mit dem Ansatz der digitalen Konfliktforschung streben wir ein Forschungsprogramm an, das strukturelle Verzerrungen wissenschaftlicher Arbeit in der Praxis durch ein generisches Verständnis von Streiddynamiken im Digitalen produktiv auflösen kann.

Während die meisten Analysen von digitalem Hass und Extremismus auf die Identifikation angenommener Täter- und Betroffenengruppen fokussieren, betont Konfliktforschung, dass genannte Phänomene ein Teil von größeren, relationalen Dynamiken, also Beiprodukt von Interaktionen zwischen antagonistischen oder konkurrierenden Gruppen und Logiken sind. Die isolierte Betrachtung problematischer Akteursgruppen, losgelöst von ihren Resonanz- und Reaktanzräumen, gründet auf der Vorstellung, eine Problematik aus sich selbst heraus erfassen zu können. Dies kann für konkrete Fallstudien durchaus hilfreich sein. In einer digitalen Welt, in der jeder mit jedem in diversen Umgebungen interagiert, gehen wir allerdings davon aus, dass Überzeugungen – mehr noch als vor der Digitalisierung – nicht nur aus Affektion, sondern auch Aversion entstehen.

Wer Hassakteure oder genauer: Dynamiken des Hasses untersucht, muss demnach auch jene betrachten, die sie so benennen und bekämpfen. NGOs, Medien, Wissenschaft, Plattformen und staatliche Stellen sind nicht neutrale Beobachter:innen, sondern selbst Teil des Konfliktgeschehens, als Akteure mit Interessen und Ressourcen. Forschung, die dies reflektiert, verhindert, dass politische Akteure ihre Rolle als moralische Instanz unhinterfragt in den Forschungsrahmen einschreiben. Im Fall einer praxisnahen Forschung ist diese Autonomie nötig, weil auch zivilgesellschaftliche Akteure Konflikte zuspitzen können – durch Alarmismus, selektive Themenwahl oder dichotomisierende Diskurse, die gesellschaftliche Verständigung erschweren können.

Dieser Perspektivwechsel verringert die Gefahr der selektiven Fokussierung. Wenn Forschung nur angenommene Hassakteure betrachtet beziehungsweise den Begriff des Hasses nur auf bestimmte ideologische

Milieus angewandt sehen will, übernimmt sie indirekt die zivilgesellschaftliche, also eine stark politisch gedachte Problemdefinition und bleibt blind für Dynamiken, die durch komplexe Interaktionen entstehen. Digitale Konfliktforschung fragt daher nach Wechselwirkungen: Welche Resonanzen und Reaktanzen erzeugen Hasskampagnen einerseits und Kampagnen gegen Hass andererseits? Welche Momente des Hasses bergen Aktivitäten gegen Hass selbst? Welche Narrative und Konflikttroutinen verstärken sich gegenseitig? Welche unbeabsichtigten Effekte stabilisieren oder katalysieren die Konflikte?

Ferner ermöglicht digitale Konfliktforschung eine multipolare Sichtweise. Konflikte verlaufen selten linear zwischen „Tätern“ und „Opfern“. Vielmehr reagieren Aktivist:innen, Journalist:innen, Politik und Behörden aufeinander, wodurch sich Eskalationsschwellen kumulativ verschieben. Ein Video aus dem rechtsextremen Kontext etwa entfaltet seine Wirkung meist erst, wenn es aufgegriffen, skandalisiert und politisch instrumentalisiert wird. Es kann also kaum Wirkung entfalten, ohne dass es von anderen Milieus amplifiziert wird. Die Perspektive der digitalen Konfliktforschung schützt vor der Überschätzung einzelner Hassakteure und lenkt den Blick auf Diskurse und Identitäten, in deren Zusammenspiel der Hass entsteht.

Außerdem schwächt die Konfliktperspektive die Tendenz zur Problemverfestigung. Indem auf Rechtfertigungen, Interessenlagen und Eskalationsdynamiken geschaut wird, können Zyklen der eingeübten Konflikt austragung angesprochen und bestenfalls durchbrochen werden. Nicht zuletzt schützt die erweiterte Perspektive vor normativer Verengung. Indem nicht nur Hassakteure, sondern auch ihre Gegner:innen untersucht werden, sinkt die Gefahr ideologischer Aufladung. Forschung kann Unterschiede zwischen legitimer Kritik, zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und rhetorischer Zuspitzung herausarbeiten. Null- oder kontraintuitive Befunde erscheinen dann als notwendige Erkenntnisse, nicht als Verrat an einer Mission.

... zum Wissenstransfer

Anerkennend, dass die Rolle von (anwendungsorientierten) Forscher:innen immer auch in das digitale Konfliktgeschehen einzahlt, ist der Wissenstransfer eng mit der Wissensproduktion verknüpft. Allzu oft werden

Themen und Schwerpunkte nämlich auch von der Frage der Vermittelbarkeit her gewählt. Können gewisse Schwerpunkte kaum über Daten erfasst werden oder würde eine Datenanalyse zu schwer vermittelbar sein, hätte dies Auswirkungen auf die Frage, ob es sich lohnt, daran zu forschen. Vielmehr richtet sich der Schwerpunkt der Arbeit nach der Anwendbarkeit in sehr konkreten praktischen Arbeitskontexten.

Hinzu kommt, dass die Anwendung von Forschungsergebnissen in praktischen Kontexten immer auch Formate verlangt, die leicht zugänglich sind und sich bestenfalls in bestehende Formate einfügen. Insbesondere im Nachgang der Corona-Pandemie zeigte sich ein Bedarf nach quantitativen Aussagen zur Entwicklung von Themen und Milieus am politischen Rand, dem wir durch ein Monitoring für die Plattform *Telegram* Rechnung getragen haben. So stellten wir für MATR quartalsweise die thematischen Trends und die Vernetzung des vergangenen Quartals auf Grundlage komplexer Berechnungen von Themenmodellen und Vernetzungsgraphen auf und machten sie visuell auch für Laien zugänglich. Zudem präsentierten wir in unserer *Rubrik* Radar metrische Trends, die zeigen, welche Akteure im Aufwind sind und welche an Zuspruch verlieren.

Weiterhin blickten wir auf die Entstehung von Online-Kampagnen und viralen Trends, indem wir das Zusammenspiel von organischen, organisierten und antagonistischen Dynamiken genauer unter die Lupe nahmen. Ob Stolzmonat, Sylt oder Brandmauer: Was unsere Analysen verbindet, ist die kritische Betrachtung der Umgangsweise mit problematischen Inhalten, aus der wir auch Empfehlungen für die politische und zivilgesellschaftliche Praxis ableiten. Ein weiterer Kern unserer Arbeit war die Bereitstellung eines Dashboards, in dem wir die Position von Akteuren im größeren Netzwerk darstellten und Informationen von Hunderten Accounts aus dem rechtsalternativen und verschwörungsideologischen Milieu bereitstellten, sodass Informationen selbst erschlossen werden können.

Die Arbeit unserer Forschungsgruppe erschöpft sich aber nicht in Publikationen. Sie wendet das erlangte Wissen auch in Use Cases an, einer Kooperation zwischen Forschung und Praxis, bei der methodisches oder fachliches Wissen direkt in die Durchführung von Praxisprojekten einfließt. Hierzu kooperierten wir in den vergangenen Jahren mit acht verschiedenen NGOs und konnten so den Projektverlauf durch Daten und

Expertise „live“ bereichern. Die konkreten Einblicke in die Arbeit aus der Praxis halfen uns zudem, neue Impulse für unsere Arbeit aufzunehmen. So konnten wir in einer Kooperation mit dem *Violence Prevention Network* unsere eigenen Datensätze um jene von islamistischen Akteuren erweitern. Andere Use Cases konnten an unserer Forschung anschließen – etwa im Fall der Monetarisierung von Hass und im Kontext einer Studie zur Verantwortung der Finanzindustrie gegen Rechtsextremismus (Anti Financial Crime und BAG „Gegen Hass im Netz“ 2024).

Mit einem Blog haben wir jüngst ein Format eingeführt, das die Möglichkeit gibt, situationsanalytische Beiträge kurzfristiger erscheinen zu lassen und auch weitere Expert:innen zu Wort kommen zu lassen. Dies geschieht insbesondere auch mit Blick auf kontroverse Themen und weniger etablierte Sichtweisen. Es soll dazu beitragen, MATR als eine Plattform für aktuelle Debatten rund um digitalen Hass und Desinformation zu entwickeln und so auch die Forschungsschwerpunkte des Magazins erweitern.

... und umgekehrt: Ein vorläufiges Fazit

In diesem Beitrag haben wir den komplexen Zusammenhang von Wissensproduktion und Wissenstransfer am Beispiel der Forschungsarbeit unseres MATR-Teams beschrieben. In dem nun bald vierjährigen Bestand dieses Projekts sind – wie gezeigt – viele Überlegungen eingeflossen, die die Relevanz und Unabhängigkeit der Forschungsergebnisse berücksichtigen. Dabei waren wir stets mit der eigenen Rolle im Konfliktgeschehen und verschiedenen Erwartungshaltungen konfrontiert, die wir stets neu austarieren müssen.

Forschung in außeruniversitären Kontexten hat nur Wirkung, wenn Ergebnisse in wissenschaftliche wie gesellschaftliche Diskurse eingespeist werden. Erkenntnisse dürfen nicht nur als Policy-Briefs erscheinen, sondern müssen sich auch in peer-reviewten Publikationen oder öffentlich zugänglichen Datenarchiven abbilden. Damit steigt die Glaubwürdigkeit gegenüber der wissenschaftlichen Community und es wird verhindert, dass Befunde nur im Binnenraum der Zivilgesellschaft zirkulieren. Wissenstransfer ist aber keine Einbahnstraße: Rückmeldungen aus Zivilgesellschaft

und Praxis sollten systematisch in die Forschungsarbeit integriert werden, ohne die Offenheit wissenschaftlicher Fragestellungen einzuschränken.

Für uns folgt aus den Jahren der Erfahrung im Grenzbereich von Forschung und Praxis, dass eine solche außeruniversitäre Forschung ihre Arbeit so organisieren muss, dass Abhängigkeiten nicht zu Verzerrungen führen. Notwendig sind Schutzmechanismen (Publikationsrechte, Trennung von Forschung und Advocacy, externe Evaluation), transparente Verfahren und eine kritische Reflexion über Zielgruppenerwartungen im Wissenstransfer. Mit einem widersprüchlichen Framing, das aus strategischer Ambiguität entsteht, ist niemandem geholfen. Nur mit einer gesamtheitlichen Konzeption von Forschungsausrichtung und Wissenschaftskommunikation kann ein Projekt wie das unsrige seine doppelte Aufgabe erfüllen: unabhängige Erkenntnisproduktion und gesellschaftlich wirksame Wissensvermittlung.

Andernfalls droht eine Reduktion auf wissenschaftlich gerahmte Advocacy – mit Verlust an Glaubwürdigkeit und Qualität. Eine Forschung, die digitale Konflikte relational versteht, erzeugt Wissen über Hassakteure und ihre Gegner:innen gleichermaßen. Diese Perspektiverweiterung wirkt für unsere Arbeit als inhaltlicher Schutzmechanismus gegen Einseitigkeit, Alarmismus und Problemverstetigung. Sie eröffnet die Möglichkeit, NGOs als reflexive Akteure in komplexen Dynamiken zu begreifen und die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Arbeit nachhaltig zu sichern. Auch der kritische Blick auf Praxen der Zivilgesellschaft ist objektiv letztlich gar in ihrem Interesse. So können blinde Flecken und unbeabsichtigte Folgen aufgedeckt werden, sodass eine nachhaltige Optimierung der Praxen gegen Hass möglich ist.

Literatur

Anti Financial Crime und BAG „Gegen Hass im Netz“ (2024). *Die gesellschaftliche Verantwortung von Finanzunternehmen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und seiner Unterstützerszenen. Eine Analyse der antifinancialcrime.org gGmbH mit Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“*. http://antifinancialcrime.org/media/20240910_paper_banken_rechts-extremismus.pdf.

Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Reclam.

DiMaggio, Paul J. & Powell, Walter W. (1983). The iron cage revisited: Institutional isomorphism and collective rationality in organizational fields. *American Sociological Review*, 48(2), 147–160.

Goodhart, C. A. E. (1975). Problems of monetary management. The U.K. Experience. *Papers in Monetary Economics*. Reserve Bank of Australia.

Meyer, J. W. & Rowan, Brian (1977). Institutionalized organizations: Formal structure as myth and ceremony. *American Journal of Sociology*, 83(2), 340–363.

Miller, G. J. (2005). The political evolution of principal-agent models. *Annual Review of Political Science*, 8, 203–225.

Pfeffer, J. & Salancik, G. R. (1978). *The external control of organizations. A resource dependence perspective*. Harper & Row.

Weber, M. (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft*. J. C. B. Mohr.

Zald, M. N. & Ash, R. (1966). Social movement organizations: Growth, decay and change. *Social Forces*, 44(3), 327–341.

